

Aus der Sitzung des Ausschusses für Verwaltung und Finanzen vom 13.11.2023

Zur Sitzung des Ausschusses für Verwaltung und Finanzen konnte Bürgermeister Jens Spanberger die Gremiumsmitglieder sowie einige Zuhörer herzlich im Ratssaal willkommen heißen.

Bürgermeister Jens Spanberger eröffnete die öffentliche Sitzung und stellte die formale Beschlussfähigkeit fest. Anwesend und stimmberechtigt waren 8 Mitglieder sowie Bürgermeister Spanberger.

Folgende Beschlüsse wurden gefasst:

TOP 1

Bestellung von Urkundspersonen

Turnusgemäß werden zu Urkundspersonen dieser Sitzung die Gremiumsmitglieder Stephanie Kretz und Holger Schröder vorgeschlagen.

Aufgrund einer Verspätung seitens Fr. Kretz rückt Herr Dr. Welker als weitere Urkundsperson nach.

Entgegen der Sitzungsvorlage werden zu Urkundspersonen dieser Sitzung die Gremiumsmitglieder Holger Schröder und Gerhard Welker vorgeschlagen.

Beschluss:

Entgegen der Sitzungsvorlage werden zu Urkundspersonen dieser Sitzung die Gremiumsmitglieder Holger Schröder und Gerhard Welker vorgeschlagen.

Dem Beschluss wurde einstimmig zugestimmt.

TOP 2

Aktuelle Finanzlage der Gemeinde (Sachstandsbericht)

Im aktuellen Haushaltsjahr muss die Gemeinde erstmals seit vielen Jahren Abstriche beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer verkraften. Diese belaufen sich auf ca. 65.000 €. Überaus positiv ist wiederum die Situation bei der Gewerbesteuer. Hier können nach Abzug der erhöhten Gewerbesteuerumlage voraussichtlich Mehreinnahmen von netto ca. 300.000 € erwartet werden. Während die Personalausgaben sich im Bereich der Planung bewegen können bei der Unterhaltung sowie der Bewirtschaftung der Gebäude Haushaltsmittel eingespart werden. Ebenso sind im Bereich der Tongrube Mehreinnahmen zu erwarten.

Im investiven Bereich zeigt sich ein heterogenes Bild. Zum einen zeigt sich ein schleppender Mittelabfluss bei einzelnen Maßnahmen. Zum anderen sind außerplanmäßigen Ausgaben (Gemeinderatsbeschluss vom 27.04.2023) für den Einbau von einer Zisterne beim Waldparkstadion Mühlhausen sowie verminderte Einnahmen bei der Veräußerung von Grundstücken zu verkraften. Insgesamt ist jedoch derzeit davon auszugehen, dass das Gesamtergebnis verbessert werden kann. Die Kreditermächtigung in Höhe von 3.000.000 € muss nicht ausgeschöpft werden, da sich sowohl im Ergebnishaushalt als auch bei den Investitionen Verbesserungen ergeben. Insoweit kann die Verschuldung weiter zurückgeführt werden. Hierzu wird die Kämmerei nähere Ausführungen machen.

Aktuell ist die Liquidität der Gemeinde Mühlhausen noch gesichert. Mit Stand vom 06.11.2023 beträgt die Liquidität 3.376.828,59 €. Zu Jahresbeginn beliefen sich die liquiden Mittel auf 5.710.207,28 €. Dies ist eine Veränderung von 2.333.378,69 €.

Am Jahresanfang wurden Gewerbesteuervorauszahlungen in Höhe von 2.162.473 € gebucht. Mit Stand zum 03.11.2023 haben wir 1.333.878 € eingenommen. Die vierte Vorauszahlung fehlt jedoch noch.

Im Ergebnishaushalt ergibt sich mit Stand 03.11.2023 folgendes Ergebnis:

	Ergebnis	Ansatz	Vergleich
Erträge in €	17.249.388	22.290.000	- 5.040.612
Aufwand in €	16.669.972	23.677.012	+ 7.007.040
Ordentliches Ergebnis in €	579.416	- 1.387.012	+ 1.966.428

Hinweis: Bei dem obenstehenden ordentlichen Ergebnis sind die Abschreibungen (Plan: 2.061.655 €) und Auflösungen (802.010 €) noch nicht mit eingerechnet.

Im Bereich der investiven Maßnahmen laufen die Investitionen eher gemächlich ab, sodass der Mittelabfluss bislang bei 36 % zum Ansatz liegt.

Im Finanzhaushalt ergibt sich mit Stand 03.11.2023 folgendes Ergebnis:

	Ergebnis	Ansatz	Vergleich
Zahlungsmittelbedarf der Ergebnisrechnung	+ 1.468.211 €	- 127.367 €	1.340.844 €
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	267.030 €	1.439.700 €	- 1.172.670 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	- 2.213.816 €	- 6.095.810 €	3.881.994 €
Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit	- 3.414.997 €	- 4.783.477 €	1.368.480 €
Finanzierungsmittelbedarf aus Finanzierungstätigkeit	- 306.291 €	2.565.895 €	- 2.872.186 €
Änderung des Finanzmittelbestands	- 3.721.288 €	- 2.217.582 €	- 1.503.706 €

Da zudem keine negativen Auswirkungen im investiven Bereich zu erwarten sind, geht die Verwaltung derzeit davon aus, dass die Kreditermächtigung in Höhe von 3.000.000 € nicht notwendig ist.

Die Ergebnisse der Oktober-Steuerschätzung 2023 wurden bereits bekannt gegeben. Die aktuelle Situation stellt sich nunmehr wie folgt dar:

In €	HH-Plan 2023	Abweichung
Einkommensteueranteil	6.504.310	- 65.000
Umsatzsteueranteil	240.520	0
Investitionspauschale	1.078.780	0
Schlüsselzuweisungen	4.580.885	- 20.000
Familienleistungsausgleich	502.620	0
Summe	12.907.108	- 85.000

Stellv. Rechnungsamtsleiterin Frau Becker stellt die Sitzungsvorlage vor. Dabei erwähnt Sie, dass die Zahlen vom Stand 03.11.2023 sind und sich mittlerweile geändert haben könnten. Die Gewerbesteuererinnahmen liegen bei 1.750.000 € im HH-Ansatz, derzeit sind Sollstellungen von 2.162.473 € vorhanden. Die Einzahlungen liegen bei 1.333.878 €.

Hr. Bechtold erwähnt, dass mit den Erwartungen der Verwaltung die Gemeinde mit einem Plus von 300.000 € besser dar steht.

Stellv. Rechnungsamtsleiterin Frau Becker berichtet über die gesetzte Planke „Erwirtschaftung des Gesamtergebnisses“. Hier war es das Ziel die schwarze Null zu erreichen. Zum jetzigen Zeitpunkt wäre die schwarze Null erreicht. Es ist abzuwarten, wie sich das im nächstes Monat verändert.

Zudem liegt momentan ein Zahlungsmittelbedarf von ca. 1,5 Mio. vor. Das liegt aktuell unter der gesetzten Planke. In Bezug auf die Investitionstätigkeiten ist noch nicht viel geflossen. Eigentlich sind dieses Jahr noch Auszahlungen in Höhe von ca. 2.700.000 € geplant, diese werden aber vermutlich nicht mehr fließen.

Bürgermeister Spanberger weist darauf hin, dass das an den aktuellen Baumaßnahmen liegt, die nicht so schnell ablaufen. Teilweise fehlen auch die Rechnungen. Deswegen fallen viele Auszahlungen erst im nächsten Jahr an.

Hr. Bechtold erwähnt, dass zwar Investitionen dadurch verschoben werden, aber dass das keine Einsparungen bedeuten. Man bräuchte auch keine Kredite mehr aufnehmen.

Bürgermeister Spanberger meint, dass auch deswegen das Investitionsprogramm für nächstes Jahr angepasst werden sollte.

Gemeinderat Welker fragt, ob der Investitionsstau Einfluss auf die Kreisumlage oder sogar auf andere Zuwendungen hat.

Bürgermeister Spanberger erwidert, dass das nicht so ist.

Stellv. Rechnungsamtsleiterin Frau Becker erläutert, dass die Planke für die Mindestliquidität für das Jahr 2023 360.911€ betragen soll. Diese wurde Stand jetzt erreicht. Jedoch fehlen hier die Ein- und Auszahlungen bezüglich der Investitionsmaßnahmen.

Die letzte Planke ist eine maximale Pro-Kopf-Verschuldung von 1.200€. Der Schuldenstand zum 01.01.2023 beträgt 5.055.968€, davon konnten 434.105€ getilgt werden. Man rechnet mit einem Schuldenstand am 31.12.2023 in Höhe von 4.621.863€ und damit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 523€. Das liegt aber auch an den fehlenden Kreditaufnahmen. Die Pro-Kopf-Verschuldung wird nächstes Jahr vermutlich ansteigen.

Hr. Bechtold erläutert, dass die Abstriche bei der Steuerschätzung lediglich marginal sind.

Gemeinderat Schröder fragt, was die Grundlage für die Steuerschätzung ist.

Hr. Bechtold sagt, dass es die Novembersteuerschätzung, bzw. dieses Jahr die Oktobersteuerschätzung ist, da schon früher die benötigten Zahlen übermittelt wurden.

Stellv. Rechnungsamtsleiterin Frau Becker sagt, dass fast alle gesetzten Leitplanken soweit erreicht wurden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Verwaltung und Finanzen nimmt den Sachstandsbericht zum aktuellen Haushaltsjahr zur Kenntnis. Eine formelle Beschlussfassung ist nicht erforderlich.

TOP 3

Gemeindehaushalt 2024 (Vorberatung)

Das Finanzministerium hat die Orientierungsdaten für die kommunale Haushaltsplanung 2024 bereits recht frühzeitig überlassen. Dabei wurde die Bemessungsgrundlage für den Einkommensteueranteil nur geringfügig erhöht. Da gleichzeitig eine Verminderung der Schlüsselzahl zu verkraften ist, steigt der Einkommensteueranteil nur noch marginal an. Bei den Schlüsselzuweisungen zeigt sich demgegenüber ein erfreuliches Bild. Auf Grund der Erhöhung des Grundkopfbetrages sowie der gestiegenen Einwohnerzahl kann hier ein satter Einnahmezuwachs von ca. 1,3 Mio. € erwartet werden. Dem stehen jedoch erhebliche Mehrausgaben bei der Kreisumlage sowie bei den Personalausgaben gegenüber. So müssen voraussichtlich ca. 0,8 Mio. € mehr an den Kreis abgeführt werden. Zudem steigen die Personalausgaben um ca. 0,55 Mio. € an. Das im Haushaltsplan 2023 für 2024 geplante positive Ergebnis kann damit voraussichtlich nicht erreicht werden.

Mittelfristig wird sich durch die nachlassende Dynamik beim Einkommensteueranteil sowie den steigenden Ausgaben für das Personal und den Kreishaushalt das jährliche Ergebnis weiter verschlechtern. Die bisher mittelfristig geplanten Überschüsse beim Gesamtergebnishaushalt werden damit kaum zu erreichen sein. Insoweit wird sich der Ressourcenverbrauch mittelfristig nicht erwirtschaften lassen. Es gilt deshalb zusätzliche Einnahmen zu generieren bzw. Ausgaben zu minimieren. Investitionen müssen zudem auf ein Mindestmaß zurückgeführt werden, da u.a. mittelfristig eventuell nicht geplante Grunderwerbe für die Flüchtlingsunterbringung im größeren Umfang anstehen.

Bürgermeister Spanberger weist darauf hin, dass die Rechtsaufsicht über der anstehenden Verzögerung bei der Haushaltsplanung 2024 informiert ist. Diese ist begründet in der derzeitigen personellen Beschränkung im Rechnungsamt. Zudem befindet sich seit mehreren Wochen die GPA zur Prüfung der Eröffnungsbilanz im Hause. Dies erfordert zusätzlichen Aufwand beim Rechnungsamt. Mit Beginn der Arbeitstätigkeit von Fr. Wintergoller kann dann im neuen Jahr die Haushaltplanung forciert.

Hr. Bechtold erklärt, dass das Finanzministerium bereits die Orientierungsdaten für die kommunale Haushaltsplanung 2024 recht frühzeitig überlassen hat. Dabei wurde die Bemessungsgrundlage für den Einkommensteueranteil nur geringfügig erhöht. Da gleichzeitig eine Verminderung der Schlüsselzahl zu verkraften ist, steigt der Einkommensteueranteil nur noch marginal an. Bei den Schlüsselzuweisungen zeigt sich demgegenüber ein erfreuliches Bild. Auf Grund der Erhöhung des Grundkopfbetrages sowie der gestiegenen Einwohnerzahl kann hier ein satter Einnahmezuwachs von ca. 1,3 Mio. € erwartet werden. Dem stehen jedoch erhebliche Mehrausgaben bei der Kreisumlage sowie bei den Personalausgaben gegenüber. So müssen voraussichtlich ca. 0,8 Mio. € mehr an den Kreis abgeführt werden. Im Rahmen der Haushaltberatungen des Kreises soll jedoch noch der Hebesatz von 30,25 v.H. reduziert werden. Bei einer Steuerkraftsumme von ca. 13 Mio. € bringt jeder Prozentpunkt eine Entlastung für den Gemeindehaushalt von ca. 130.000 €. Durch

die reduzierte Schlüsselzahl wird die Steuerkraft für das zweitvorangegangene Jahr in die Berechnung einbezogen, sodass eine gewisse Erhöhung der Schlüsselzuweisungen sowie eine Verminderung der Umlagezahlung erfolgt. Insoweit werden die negativen Auswirkungen der Verminderung der Schlüsselzahl teilweise ausgeglichen. Zudem steigen die Personalausgaben um ca. 0,55 Mio. € an. Das im Haushaltsplan 2023 für 2024 geplante positive Ergebnis kann damit voraussichtlich nicht erreicht werden.

Mittelfristig wird sich durch die nachlassende Dynamik beim Einkommensteueranteil sowie den steigenden Ausgaben für das Personal und den Kreishaushalt das jährliche Ergebnis weiter verschlechtern. Die bisher mittelfristig geplanten Überschüsse beim Gesamtergebnishaushalt werden damit kaum zu erreichen sein. Insoweit wird sich der Ressourcenverbrauch mittelfristig nicht erwirtschaften lassen. Es gilt deshalb zusätzliche Einnahmen zu generieren bzw. Ausgaben zu minimieren. Investitionen müssen zudem auf ein Mindestmaß zurückgeführt werden, da u.a. mittelfristig eventuell nicht geplante Grunderwerbe für die Flüchtlingsunterbringung im größeren Umfang anstehen.

Bürgermeister Spanberger erklärt, dass der Kreis weniger Grunderwerbssteuer erhält. Die Liquidität ist deshalb deutlich nach unten gegangen. Die Kreisumlage aktuell soll um 6,25% auf 30,25% erhöht werden. Dies würden Mehrausgaben von 770.000€ entsprechen.

Politische Diskussionen rechnen jedoch nur mit einer Anhebung von 3-4%. Der Anteil der Gemeinde würde dann bei insgesamt 28% liegen, das wären 460.000€ Mehrausgaben.

Die Landkreise erhöhen momentan generell. Jeder hat das gleiche Problem mit den Krankenhäusern, den Sachaufwendungen und der Inflation.

Gemeinderat Schröder fragt, ob die Flüchtlinge als Einwohner angerechnet werden.

Bürgermeister Spanberger erwidert mit Ja.

Hr. Bechtold erwähnt, dass die Gemeinde sehr steuerarm ist und man das auch anhand der Steuerkraftsumme sieht.

Gemeinderätin Opluschtil fragt, ob das daran liegt, dass die Gemeinde nicht so viel Gewerbe hat.

Bürgermeister Spanberger stimmt dem zu und erklärt, dass die Gemeinde eine typische Wohnbaugemeinde ist und einfach nicht viel Gewerbe und Unternehmen hat.

Hr. Bechtold betont, dass wir bezüglich der Mittelfristplanung finanziell nach der Decke strecken müssen und auch Ausgaben überprüfen. Die Investitionsplanung ist recht sportlich und ergeht zulasten von anderen Investition.

Gemeinderat Brenzinger fragt, wie der Durchschnitt bei der Steuerkraftsumme bei den anderen Bundesländern ist.

Hr. Bechtold teilt mit, dass konkrete Zahlen nicht vorliegen, aber Bundesländer, die nicht viel tragen auch mehr profitieren.

Bürgermeister Spanberger fasst zusammen, dass es Änderung im Tarifvertrag gibt und diese sich bei den Personalaufwendungen niederschlagen.

Bei den Sachaufwendungen werden auch mehr Ausgaben geben, angepasst an die Inflation.

Hausinterne Regelungen, das Investitionsprogramm und die Mittelfristplanung müssen darauf ausgerichtet werden.

Gemeinderat Welker schlägt vor, mit den Bürgern zu reden und sie zu motivieren ihre Kinder, die woanders studieren, hier anzumelden, damit wir mehr Einkommenssteuer bekommen.

Hr. Bechtold erläutert, dass vom Gesamtaufkommen der Einkommensteuer in Deutschland 15% auf die Kommunen verteilt werden, unabhängig von der Einkommenszahl.

Für die Schlüsselzuweisung spielt die Einwohnerzahl keine Rolle. Beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer zählen in die Statistik lediglich die Ledigen bis 40.000€ und die Verheirateten bis 80.000€. Millionäre zählen nicht mit rein in die Statistik.

Gemeinderat Welker fragt nach, ob das Alter der Bürger dafür egal ist.

Bürgermeister Spanberger antwortet, dass das stimmt. Die Gemeinde profitiert im FAG von jedem Bürger.

Gemeinderätin Opluschtil betont, dass die Gemeinde vom Zuwachs generell profitiert in Bezug auf Wohngebietsbau. Man müsste aber auch bedenken, dass mehr Einwohner mehr Ausgaben bzw. Investitionen bedeuten.

Bürgermeister Spanberger teilt mit, dass die Gemeinde Malsch z.B. mit einer reduzierenden Einwohnerzahl kämpft. Das wäre in der Gemeinde Mühlhausen nicht der Fall.

Gemeinderat Sauer fragt, ob es tatsächlich so ist, dass wir 10-20% von der Gewerbesteuer bekommen.

Hr. Bechtold stimmt dem zu. Die Gewerbesteuereinnahmen werden im Rahmen des kommunalen Finanzausgleiches über die Steuerkraft in die Berechnung

miteinbezogen. Nur der Anteil, der über den Anrechnungssätzen liegt, steht der Gemeinde zu 100 % zur Verfügung. Der Rest hebt sich über die Berechnung im Finanzausgleich wieder auf.

Bürgermeister Spanberger teilt mit, dass die nächste Sitzung dann für circa Ende Januar angesetzt ist.

Gemeinderat Welker fragt, ob es eigentlich schon ein Plan gibt, wer die neuen Hebesätze entscheidet.

Bürgermeister Spanberger erläutert, dass der nächste Gemeinderat das entscheidet. Die Tendenz vom Land ist es den Mindesthebesatz zu nehmen oder sogar darunter. Man darf nicht mehr Einnahmen generieren durch die Grundsteuerreform, da eine große Klagewelle erwartet wird.

Hr. Bechtold fügt hinzu, dass die Hebesätze im Rahmen der Grundsteuerreform nach Vorgabe des Landes aufkommensneutral gestaltet werden sollen.

Gemeinderätin Opluschtil betont, dass man vielleicht den Bürgern erläutern sollte, warum höhere Grundsteuer-Einnahmen wichtig wären für neue Straßen /Kanäle etc.

Bürgermeister Spanberger erwidert, dass es gut ist, dass wir das vor paar Jahre gemacht haben, aber es wird alles durch die Grundsteuerreform nochmal aufgemischt.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zum Gemeindehaushalt 2024 zur Kenntnis. Eine Beschlussfassung ist nicht notwendig.

TOP 4

Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung vom 14.06.2023

Es wurde der Empfehlung zur Vorberatung der Investitionsstrategie entsprochen.

Es wurde der Empfehlung zur Festlegung der Leitplanken entsprochen

Es wurde der Empfehlung zur Erhöhung auf 8,5% bei der Anpassung der Elternbeiträge entsprochen.

Es wurde der Empfehlung zum Grunderwerb der Dielheimer Str. 8 und Heinrich-Geiler-Str. 10 entsprochen.

TOP 5

Verschiedenes

Es gab keinerlei Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.